

Volks-Zeitung

Es bleibt bei Weimar.

Präsident Leinert über die Verlegung.

Es ist wohl kaum noch ein Zweifel, daß die Nationalversammlung nicht in Berlin, der alten Reichshauptstadt, sondern in Weimar, gemäß dem Wunsche der Reichsregierung, tagen wird. Wenn der Zentralrat aus solcher gegen diesen Beschlusse der Regierung in seiner gestrigen Sitzung Stellung genommen hat, so geschah dies nicht, um damit darzutun, daß er gegen Weimar als Tagungsort der Nationalversammlung protestiert, sondern lediglich, um seine Mißbilligung darüber auszudrücken, daß die Regierung diese Tatsache veröffentlicht hat, bevor die Zustimmung des Zentralrates gegeben war. Der Zentralrat hätte zu der Frage „Berlin oder Weimar?“ schon früher Stellung genommen, wenn Präsident Leinert, bei den Verhandlungen der Regierung beirätig, nicht die besten Wege auf einer deutschen Nationalversammlung nach Weimar über die Verlegung der Nationalversammlung im allgemeinen Einmütigkeit, doch haben namentlich die Berliner Mitglieder Verwahrung hiergegen eingelegt.

Präsident Leinert teilte der B. G.-Korrespondenz über diese Frage folgendes mit:

„Es ist Sache der Volksbeauftragten gewesen, zusammen über den Ort zu beraten, an welchem die deutsche Nationalversammlung zusammenzutreten soll. Der Zentralrat hat in seiner Veröffentlichung über die gestrige Sitzung nicht zum Ausdruck gebracht, daß er gegen die Wahl von Weimar ist, sondern er hat dagegen Stellung genommen, daß der Ort der Volksbeauftragten nicht mit dem Zentralrat hierüber gemeinsam beraten hat. Die Volksbeauftragten haben bereits am vergangenen Sonnabend zu der Frage „Berlin oder Weimar?“ Stellung genommen. Ich bin erst gestern von einer Reise zurückgekehrt, so daß ich noch keine Gelegenheit hatte, vor der Veröffentlichung des Beschlusses mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten. Ich bin der Ansicht, daß das Reich mit dem jetzt beschlossenen Weimar nicht aktiv tätig gemacht werden kann, weil es unmöglich erscheint, daß die zu Weimar gehörigen Gebiete beim Reich allein durch die Berliner preussische Regierung vertreten werden können. Die Interessen der zu Weimar gehörigen, von Berlin ebenso weit liegenden Gebiete wie die süddeutschen Landesteile, müssen durch Vertreter dieser Volksanteile selbst zur Geltung gebracht werden. Eine Bundesregierung, die vier Siebentel des deutschen Volkes vertritt, würde bei ihrer Orientierung auf Berlin den Wünschen der Bevölkerung im Osten und Westen nicht gerecht werden können und überdies die Bedeutung der anderen selbständigen Reichsteile so herabdrücken, daß der Gegenstand Nord und Süd ohne weiteres von neuem hervortreten würde.“

Ueber die Schwierigkeiten, die sich der Verlegung der Nationalversammlung nach Weimar entgegenstellen, sprach sich Herr Leinert optimistisch aus: „Es muß vor allem dafür gesorgt werden, daß die Nationalversammlung den wachsenden politischen Einflüssen Berlins entzogen wird. Das ist in Weimar viel eher möglich. Das dortige Hoftheater ist durchaus instande, alle Vertreter zu fassen. Eine Schwierigkeit ist freilich die, daß den Abgeordneten dort in dem Theateraal keine Schreibgelegenheit zur Verfügung steht. Die Fraktionsführungen können in dem Weimarer Schloß, das zur Verfügung steht, abgehalten werden. Für die Verpflegung und Unterbringung der Abgeordneten ist bereits Vorkehrung getroffen worden.“

Die Unruhen in Hamburg.

Die Ordnungsmannschaften haben die Oberhand.

Hamburg, 23. Januar. (Z. U.)

Gegen 8 Uhr abends waren die gestürzten Wachtposten, 6, 7 und 9, wieder zurückgerückt. Die Demonstranten zogen sich in Gebäude der Landeshauptstadt zurück und wollten dort ihr Hauptquartier einrichten. Der Hauptbahnhof wurde vom Infanterieregiment 31 besetzt. Auch das Rathaus und das Stadthaus wurden durch Waffengewalt besetzt. Die Leitung des Sicherheitsdienstes erklärte, daß sie entschlossen sei, mit allen Mitteln die Bewegung, die augenscheinlich plamäßig vorbereitet sei, im Keime zu unterdrücken. Die Wandsbeker Husaren wurden zur Sicherung des Hauptbahnhofes befohlen. In später Abendstunde befanden sich die Autos wieder in den Händen der Sicherheitsmannschaften.

Arbeitsaufnahme im Essener Gebiet.

Essen, 23. Januar.

Bei der heutigen Morgensicht führen die Belagerungsmannschaften sämtlicher Zonen wieder an.

Generalkrieg in Danzig.

Danzig, 23. Januar. (Z. U.)

Erzard hat heute den Generalkrieg als Protest gegen die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs proklamiert worden. Die Betriebe stehen still, alle Geschäfte sind geschlossen.

Zechnstundentag im besetzten Gebiet.

Ein deutscher Protest.

Berlin, 23. Januar.

Die deutsche Waffensstillstandskommission teilte mit: Das französische Oberkommando hat im Bereich der Eisenbahnen im besetzten Gebiet am 20. Januar an die Einhaltung des zehnstündigen Arbeitstages an Stelle des be-

schriebenen Waffensstillstandes befohlen. Gegen diese dem Waffensstillstand zuwiderlaufende Maßregel hat die deutsche Waffensstillstandskommission in Spaas am 22. Januar eine Protestnote überreicht. Es wird darauf hingewiesen, daß schon vor der Besetzung des linksrheinischen Gebietes durch die Alliierten in ganz Deutschland die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wurde. Wenn nunmehr für die Eisenbahnen des besetzten Gebietes diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht werde, so seien hiervon

Die Wahlrechtsfeinde

im preussischen Dreiklassenwahlrecht die konservativen und der schwerindustriellen Flügel der Nationalliberalen. Beide wollen es, sich jetzt „Volksparteien“ zu nennen: „Republikanische Volkspartei“ und „Deutsche Volkspartei“. Bei den Reichswahlen sind ununterrichtete Wähler auf diese Geschicklichkeit hingefallen. Wähler, geht acht für die Preußenwahl am nächsten Sonntag. Stimmt für die demokratischen Listen.

die bedenklichsten Rückwirkungen zu befürchten. Die deutsche Arbeiterkammer lehnt in der Einführung des Waffensstillstandes eine der wesentlichsten Errungenschaften der Umwälzung in Deutschland ab. Es müsse daher gegen die Befestigung des Waffensstillstandes nachdrücklich protestiert werden.

Das Vorgehen des französischen Oberkommandos deutet an, wohin wir mit den sozialen Errungenschaften der Revolution kommen werden, wenn noch weitere Gebiete Deutschlands in die Hand der Entente fägen. Eine Frage muß aber noch aufgeworfen werden: was sagen die Sozialisten der Entente hierzu.

Die Polenfrage.

Zur Frage der Verhandlungen mit den Polen verfahren wir von gut unterrichteter Seite, daß die Reichsregierung bereits ihre Maßnahmen für den Fall getroffen hat, daß auf das Telegramm der Regierung an den polnischen Vorkrieg keine befriedigende Antwort eintreffen sollte. Es besteht aber die Aussicht, daß in der nächsten Woche Verhandlungen mit den Polen aufgenommen werden dürfen.

Belagerungszustand über ganz Russland.

Kopenhagen, 23. Januar. (Z. U.)

Ueber ganz Russland wurde der Belagerungszustand verhängt. Moskau und Petersburg wurden durch Besetzungsbefehle gesichert.

Wenn man's am eigenen Leibe spürt ...

Der eben beendete Streik der Arbeiter der Berliner Elektrizitätswerke hatte auch den Redaktions- und Druckereibetrieb der „Freiheit“ lahmgelegt. Nach zwei Tagen erscheint das unabhängige Blatt heute wieder zum ersten Male. Einem Artikel über die Streikbewegung sind die nachstehenden Schlussbemerkungen angefügt:

„Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob sich dieser von so weittragenden Folgen begleitete Zustand nicht hätte vermeiden lassen. Die Elektrizitätswerke sind kein kapitalistischer Betrieb, sondern städtischer Besitz. Bis her hat die städtische Verwaltung in den letzten Jahren es immer noch verstanden, mit den Arbeitern zu einem Einvernehmen zu kommen. Das muß ganz offen — der Wahrheit gemäß — ausgesprochen werden. Es konnte deshalb erwartet werden, daß auch im vorliegenden Falle eine Verständigung erfolge, ohne daß das letzte Mittel — und das ist der Streik — angewendet wird; denn es steht doch allzuviel auf dem Spiele. Bei den letzten großen politischen Bewegungen, bei denen Hunderttausende Berliner Arbeiter aus idealen Gründen zum Ausstand schritten, waren die Elektrizitätsarbeiter nicht an deren Seite. Wie uns mitgeteilt wird, sind die aufgestellten Forderungen im wesentlichen bewilligt gewesen, nur daß das Einigungsamt des Gewerbegerichts noch in Funktion treten sollte. Dieses anzurufen, haben die Elektrizitätsarbeiter abgelehnt und sind in den Streik getreten. Dieser Schritt wird deshalb wenig Verständnis finden, selbst bei denen, die den Arbeitern die weitgehendste wirtschaftliche Besserung ihrer Lage wünschen.“

In dem Dunkel, in dem die „Freiheit“ zwei Tage lang stehen mußte, scheinen auch ihr einige Lichter über die Sinnlosigkeit der fortwährenden Streikerei aufgegangen zu sein.

Die unabhängige Delegation für Bern. Wie wir hören, hat die unabhängige Sozialdemokratische Partei, Gaale und Jäckel zur internationalen Sozialistenkonferenz nach Bern delegiert. Die sozialdemokratische Partei vertreten bekanntlich Hermann Müller, Hermann Rolke und Otto Weiss.

Die Freiwilligenverbände und die Kommandogewalt. Wir werden von militärischer Seite gebeten, zur Befestigung von Jülich ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß die vom Kriegsministerium erlassenen Bestimmungen über Neuregelungen der Kommandogewalt, der Rangabzeichen und der Gruppenschilder keine Anwendung auf die im mobilen Zustande befindlichen freiwilligen Verbände für die Infanterie und den Grenzschutz findet. Es bleibt für diese Verbände bei den bisherigen Bestimmungen.

Die Grafikerin hat kein Schwere. Aus Amsterdam wird gemeldet: Der Blättern hat aus Amsterdam berichtet, dort sei nichts davon bekannt, daß die führende Arbeiterin den Wunsch geäußert habe, nach Deutschland zurückzukehren.

Die Preußenwahlen.

Von

Dr. R. Friedberg, Staatsminister a. D.

Den Wahlen zur Nationalversammlung für das Deutsche Reich folgen unmittelbar am 26. d. M. die Wahlen zur Preussischen Nationalversammlung. Sie werden für unser engeres Vaterland kaum von geringerer Bedeutung sein als die ersteren. Auch bei ihnen handelt es sich darum, die Verfassung Preußens auf eine andere, den durch die Umwälzung geschaffenen Zeitverhältnissen entsprechende Grundlage zu stellen. Werden auch die Beschlüsse für die Einzelstaaten in gewissem Umfange durch die Reichsverfassung festgelegt, so kann diese doch nur einen allgemeinen Rahmen dafür geben, der durch die einzelstaatlichen Volksvertretungen auszufüllen ist. Um welche Aufgaben es sich dabei handelt, soll hier in Kürze dargestellt werden.

Verfassungen enthalten gewöhnlich zwei Gruppen von Rechten. Die erste umfaßt die sogenannten „Grundrechte“, es sind dies die Rechte des Volkes gegenüber der Staatsgewalt. Durch sie werden der Staatsgewalt also Schranken gezogen, es wird der einzelne gegenüber Hebergriffen des Staates in die private Rechtsphäre geschützt. Alles, was die bisherige preussische Verfassung darüber an Rechten unter dem Titel „Rechte der Preußen“ gewährt, muß daher auf seinen Inhalt genau geprüft und mit dem freiherrlichen Bewußtsein der Gegenwart in Einklang gebracht werden. Gewissensfreiheit, Lehr- und Berufsfreiheit, Freiheit der Person, alles das muß stärker betont und weiter ausgedehnt werden, als das in der alten Verfassung der Fall war.

Die zweite Gruppe von Rechten bezieht sich auf die Organisation der Staatsgewalt. Hier wird jedenfalls durch die Reichsverfassung schon ein erheblicher Teil festgelegt sein. So die Staatsform, das heißt die Republik, die Wahlen zur Volksvertretung, die selbstverständlich nach dem Grundsatz des gleichen Wahlrechts eingerichtet werden können, die Grundzüge der inneren Organisation der Verwaltung und die Stellung des Staates zu den großen öffentlich-rechtlichen Korporationen, wie Selbstverwaltung, Kirche usw.

Von ganz besonderer Wichtigkeit wird aber bei der Beratung der neuen Verfassung der Abschnitt sein, der sich mit dem „Staatsgebiet“ befaßt. Die Regierung beabsichtigt, das preussische Staatsgebiet in der Weise aufzuteilen, daß es in eine Reihe selbständiger Republiken zerlegt wird. Die Deutsche demokratische Partei wird einer solchen Absicht den stärksten Widerstand entgegenzusetzen. Wir sehen dabei ganz ab von dem Gedankens, das ein Preußenherz bewegen muß bei dem Gedanken, den Staat zertrümmert zu sehen, mit dem wir alle verwachsen sind und dessen ruhmreiche Geschichte wir nie vergessen werden. Die Gründe, die dafür geltend gemacht werden, reichen nach keiner Richtung hin aus, um einen derartigen ungeschichtlichen Gewaltakt vorzunehmen. Man weist darauf hin, daß die Bildung des preussischen Staates durch die Vereinigung der Provinzen sei. Das trifft aber bei allen deutschen Staaten zu. Jedenfalls hat sich im Laufe der Zeit dieses dynastische Gebilde zu einem einheitlichen Staats- und Wirtschaftsverbande verwandelt, dessen Zertrennung es diesen Landesanteilen unmöglich machen würde, ihre Kulturarbeiten zu erfüllen. Man denke nur daran, daß die östlichen Provinzen Preußens zu den Provinzen sind, die sich ohne den Lastenausgleich durch die reicheren Landesteile gar nicht selbständig erhalten könnten. Wie denkt man sich ferner die Liquidierung des gemeinsamen Vermögens und der gemeinsamen Schulden? Will etwa das Reich die Zuschüsse für die ärmeren Landesteile übernehmen? Die Frage außerdem, heißt sie verneinen, denn Süddeutschland würde schwerlich geneigt sein, einem solchen Ausfassen zu entsprechen. Ein zweiter Grund für die Aufstellung Preußens wird darin gefunden, daß es mit dem Begriffe des Bundesstaates schwer vereinbar sei, wenn ein Einzelstaat zweidrittel des Ganzen an Gebiet und Bevölkerung umfaßt. Die „Föderation“ dieses Einzelstaates sei die notwendige Folge, wie dies tatsächlich im alten Reich der Fall war. Man verweist auf die entgegengesetzten Verhältnisse in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten. Die Schweiz bei ihrer Kleinheit kann wohl außer Betracht bleiben. In den Vereinigten Staaten aber ist keineswegs jene Gleichmäßigkeit der Einzelstaaten vorhanden, die man gewöhnlich voraussetzt. Der Haupt Gesichtspunkt ist vielmehr der, ob den Einzelstaaten Befugnisse verbleiben von solcher Wichtigkeit, daß die ungleichmäßige Größe des einzelnen zu einer Föderation führen kann. Das wird in dem neuen deutschen Freistaat nicht der Fall sein. Bedenkt man, daß die wichtigsten militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel restlos an das Reich übergeben werden, daß an Stelle des Kontingentheeres das Reichsheer, an Stelle der Staatsbahn die Reichsbahn tritt, daß der Bundesrat durch ein gewähltes Staatenhaus ersetzt wird, so sind alle Befugnisse einer Vorherrschaft Preußens bei seinem jetzigen Bestande gegenstandslos.

Ich glaube gezeigt zu haben, von welcher hervorragenden Wichtigkeit die Entschlüsse der Preussischen Nationalversammlung sein werden. Deshalb ist es die Aufgabe der preussischen Wähler, sich am 26. d. M. mit gleichem Eifer an der Wahl zu beteiligen, wie sie das am 19. getan haben.

